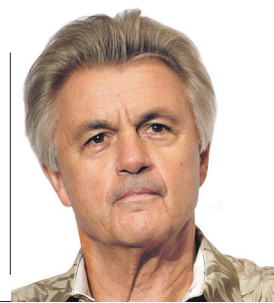


Tiefer Fleischpreis
Wegen des nasskalten Wetters bleiben Grillprodukte im Regal liegen. 13

WM-Viertelfinal
Die Eishockeyaner geben sich vor dem WM-Viertelfinal zurückhaltend. 20/22

Alles fliesst gratis
In Saanen und Grindelwald gibt es bis heute keine Wasserzähler. 29



Typisch Irving
In John Irvings neuem Buch werden linke Hände abgehackt und Tabus gebrochen. 33

AZ 3000 Bern 1

10. Grossliquidation
Armeematerial
+ Campingartikel
Seelandhalle, 3250 Lyss 21. Mai - 5. Juni
Mo-Do 10.00-19.00 Uhr | Fr 10.00-21.00 Uhr
Sa 9.00-17.00 Uhr | Pfingstmontag 9.00-18.00 Uhr
10 JUBILÄUMSANGEBOTE
+ 500 weitere Qualitätsartikel
Katalog unter:
www.dicks-armyshop.ch

Der Bund

Donnerstag, 20. Mai 2010 - 161. Jahrgang, Nr. 115 - Fr. 3.20 (inkl. 2,4% MwSt), Ausland € 2.20

Unabhängige liberale Tageszeitung - gegründet 1850

Schweizer Botschafterin geflohen

Die thailändische Armee hat gestern gewaltsam das seit Wochen von oppositionellen Rothemden belagerte Geschäftsviertel in der Hauptstadt Bangkok geräumt. Daraufhin weiteten wütende Demonstranten die Gewalt auf andere Teile der Hauptstadt aus. Sie steckten gegen 20 Gebäude in Brand, darunter die Börse, Einkaufszentren und Banken sowie den Sitz eines Fernsehsenders. Die Behörden verhängten eine nächtliche Ausgangssperre über Bangkok und erlaubten Polizisten, auf Plünderer und Brandstifter zu schießen.

Die Schweizer Botschafterin Christine Schraner Burgener musste angesichts der Unruhen ihr provisorisches Büro fluchtartig verlassen und in einem Hotel Zuflucht suchen. «Die Lage ist im Moment sehr unübersichtlich», sagte die Botschafterin. Es befinden sich nach Informationen der Botschaft keine Schweizer in Not. Die meisten Touristen haben die Hauptstadt verlassen.

Gespräche zwischen der Regierung und den Protestführern über eine Entschärfung der Lage waren am Dienstag gescheitert. Während der seit Mitte März anhaltenden Demonstrationen wurden bereits mehr als 70 Menschen getötet und fast 2000 verletzt. (sda) - Kommentar rechts, Seite 5

Lehrerlöhne in Bern zum Teil zu hoch

Das Berner Verwaltungsgericht hat gestern in deutlichen Worten die kantonale Erziehungsdirektion kritisiert: Ihre Praxis, Lehrern nach gewissen Weiterbildungen Lohnhöhungen zu gewähren, widerspreche dem Gesetz. Nur bei der Neuanstellung dürften Zusatzausbildungen bei der Lohnfestsetzung eine Rolle spielen. Weiterbildungen während der Anstellung seien nicht mehr lohnwirksam. Eine Lehrerin, deren Lohnhöhungsantrag abgelehnt worden war, hatte das Gericht angerufen. Dieses wies nun nicht nur ihre Beschwerde ab, sondern übte Grundsatzkritik an der Lohnpraxis des Kantons. (sw) - Seite 29

Meinung & Analyse

«Neuerdings ist alles ambitionierter getaktet - Wandern 2.0 sozusagen.»

Thomas Widmer über die Aufrüstung der Bergwelt zum Abenteuer-Spielplatz. - Seite 10

Service

Wetter/Leserbriefe - 9
Börse - 17
Todesanzeigen/Danksagungen - 30/38
Fernsehen & Radio - 31
Berner Kultur - 38
Kinoprogramm - 43

Schlechte Noten für die Banken - und den Bundesrat

Repräsentative Umfrage über die Stimmung in der Schweiz nach der Krise.

Marie-Hélène Miauton, Artur K. Vogel
Wird es der Wirtschaftskrise, welche die Schweiz soeben durchgemacht hat, ähnlich ergehen wie der Schweinegrippe? Eine angekündigte Katastrophe, die nie wirklich eingetreten ist? Das lässt die repräsentative Studie «Sophia 2010» des Instituts M.I.S. Trend (Bern und Lausanne) vermuten, die der «Bund» heute publiziert. Sie hat nur bei einem Drittel der Führungskräfte und bei einem Viertel der Gesamtbevölkerung echte wirtschaftliche Sorgen zutage gefördert.

Falls es wirklich eine Krise gegeben hat, dann waren die Banken sowie die USA mit ihrer Subprime-Krise massgeblich dafür verantwortlich. Weder der Arbeitsfrieden noch die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz noch die Kaufkraft waren wirklich betroffen. Zuversicht

herrscht auch, was die Stabilisierung oder gar die Reduktion der Arbeitslosigkeit in den allernächsten Jahren betrifft. Wirkliche Sorgen macht man sich nur um die Renten.

Purer Optimismus

Trotzdem ist das Vertrauen in manche Institution erschüttert: Der Bundesrat erhält schlechte Noten für die Bewältigung jener Affären, welche die Schweiz unlängst erschüttert haben. Medien und Grossunternehmen haben ebenfalls an Vertrauen verloren. Dagegen behalten KMU, Nationalbank, Verwaltung und Behörden, vor allem die kantonalen, ein gutes Image. Und es gibt keine Mehrheiten für eine radikale Umkämpfung des politischen Systems wie etwa die Volkswahl des Bundesrates.

Das weltweite Image der Schweiz bleibt in vielen Bereichen exzellent; dort, wo es beschädigt wurde, wird alles wieder in Ordnung gebracht. Bei einer Mehrheit herrscht purer Optimismus.

«Business as usual»?

Den Bankern attestieren die Befragten jedoch, nicht lernfähig zu sein und schon wieder zum «Business as usual» zurückzukehren - ausser der Staat verhindere dies durch strengere Regeln. Eine Mehrheit der Schweizer fordert neue Gesetze für die Finanzindustrie, Beschränkung der Bonuszahlungen und eine Limitierung der Grösse der Finanzinstitute. Auch Führungskräfte stimmen diesen Vorschlägen zu - ausser jenem, auch die Gehälter der Chefs zu beschränken. - Seiten 2/3

Besucherzahlen des Zentrums Paul Klee tauchen auf neuen Tiefstand



Foto: Adrian Moser

2009, im vierten Betriebsjahr, wollten noch 122 000 Personen die Ausstellungen im Zentrum Paul Klee sehen. Die Besucherzahl hat sich damit seit 2006 halbiert. Zentrumsdirektor Juri Steiner ist jedoch zuversichtlich, die Abwärtsspirale aufhalten zu können. (db) - Seite 23

Heute im «Bund»

Neuer SRG-Generaldirektor **Roger de Weck polarisiert**

Die Wahl de Wecks wirft hohe Wellen - und wird in gewissen Kreisen sogar als Provokation empfunden. Gewarnt wird vor politischen Grabenkämpfen. - Seite 6

Gesundheitskosten **Die Räte haben keine Eile**

Massnahmen gegen steigende Krankenkassenprämien werden frühestens im Herbst beschlossen. - Seite 7

Fussball **Alles bereit für Hitzfelds Team**

Das Walliser Dorf Lens investierte 1 Million Franken in seine Fussballanlage, um grosse Teams anzuziehen. Ab Montag bereitet sich das Nationalteam hier auf die WM vor. - Seite 21

TV-Meteorologe **Anklage gegen Kachelmann**

Die Mannheimer Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen Jörg Kachelmann

wegen Verdachts auf besonders schwere Vergewaltigung. - Seite 32

«Berner Woche» **Komplexe Kilbi**

Eine wunderbare Zumutung: die 20. Ausgabe der Bad Bonn Kilbi. - Ein nur auf den ersten Blick ungleiches Paar: Klangkosmonaut Jimi Tenor und Taktgeber Tony Allen. - Ein Film, der dem Leben zu sehr ähnelt: «Cosa voglio di più». - Ein Museum, das keines ist: das «Musée du point de vue». - Seite 35-41

Kommentar

Manuela Kessler

Bangkok fast wie im Krieg

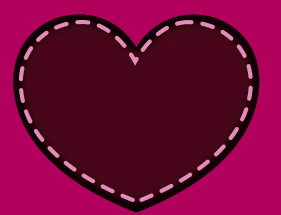
D-Day in Bangkok: Die Armee hat die Bollwerke der Rothemden gestürmt, die das Zentrum der thailändischen Hauptstadt gut zwei Monate lang belagert hielten. Die Anführer der Rebellen ergaben sich erst, nachdem bereits Tote zu verzeichnen gewesen waren - und sie ihre Anhänger dazu aufgerufen hatten, den Kampf gegen das Establishment fortzuführen. Die thailändische Börse, ein riesiges Einkaufszentrum und weitere Gebäude gingen daraufhin in Flammen auf. Es wurde geplündert, bis der Ausnahmezustand eine ungestörte Verfolgung der versprengten Rebellen ermöglichte.

Die Front der Rothemden mag fürs Erste aufgelöst sein, die Situation aber ist ausser Kontrolle. Nirgends zeichnet sich eine politische Lösung des Konflikts ab, der nun schon vier Jahre andauert - seit dem erzwungenen Rücktritt von Premier Thaksin Shinawatra, dessen hemmungslose Selbstbereicherung und Allmachtgelüste vielen Thais, vorab den besser gestellten in den Städten, unerträglich waren. Eine friedliche Volksbewegung, in königliches Gelb gekleidet, trieb ihn ins Exil. Und von da aus schürt der begnadete Populist seither die Ressentiments in der ländlichen Unterschicht. Und das Establishment hält dagegen. Rot gegen Gelb, dann Gelb gegen Rot, so wogten die Bewegungen und die Kräfteverhältnisse hin und her. Und mit jedem Ansturm verhärteten sich die Fronten weiter, polarisierte sich die Gesellschaft immer mehr.

Das thailändische Volk ist inzwischen so tief gespalten wie in den 70er-Jahren, als eine kommunistische Guerilla die Streitkräfte bekämpfte. Die Töne hüben und drüben wurden in letzter Zeit immer schriller und radikaler. Die Aufständischen tauschten ihre roten Hemden gegen schwarze Kampfmonturen ein. Jetzt, da das Militär gegen sie vorgegangen ist, haben sie auch noch Märtyrer. Und einen Grund, Vergeltung zu üben. Eine weitere Eskalation ist angesichts der Unversöhnlichkeit beider Lager absehbar. Von Terror aus dem Untergrund, bürgerkriegsähnlichen Zuständen ist Thailand nur noch einen Schritt entfernt.

Anzeige

Klick, Flirt, Verliebt!



swissfriends.ch
Die Schweizer Datingsite

Heute mit «Mietmarkt»
Seiten 14, 16, 18 und 19

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86 Inserate Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@espacemedia.ch Abonnement Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch



Thema

Zustand der Schweiz - eine Umfrage

Die Lehren aus der Finanzkrise

Mit einer besseren Bankenaufsicht und einer Bonisteuer wollen Volk und Führungskräfte auf die Wirtschaftskrise reagieren. Das Bankgeheimnis wollen sie aber behalten.

Iwan Städler, Marie-Hélène Miauton und Artur K. Vogel

Heute Donnerstag treffen sich rund 800 Persönlichkeiten - unter ihnen Bundespräsidentin Doris Leuthard, Nestlé-Präsident Peter Brabeck und Alinghi-Segler Ernesto Bertarelli - in Lausanne zum «Forum des 100». Dort diskutieren sie über die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen für die Zukunft, die sich daraus ergeben.

Sie tun dies auf der Grundlage einer gross angelegten, repräsentativen Umfrage des Forschungsinstituts M. I. S Trend, Lausanne und Bern, bei 1200 Schweizerinnen und Schweizern und 400 Führungskräften aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung. Die Resultate werden heute gleichzeitig im «Bund», im «Tages-Anzeiger», in «L'Hebdo» und «Il Caffè» veröffentlicht.

Alles halb so schlimm?

Dabei zeigt sich, dass das Volk die Wirtschaftskrise für weniger gravierend hält als die Führungskräfte. Im Gegensatz zu Letzteren macht es sich mehr Sorgen um den ökologischen Zustand des Planeten. Das erklärt wohl auch, weshalb das Vertrauen in die Banken bei den Führungskräften stärker erschüttert ist als bei der breiten Bevölkerung.

39% der Bevölkerung beteuern, das Vertrauen verloren zu haben; für ebenso viele ist dieses ziemlich erschüttert, während 21% fanden, es sei alles nicht so schlimm. Aus einer anderen Umfrage des Instituts M. I. S Trend AG geht hervor, dass die Bevölkerung durchaus unterscheiden kann zwischen den verschiedenen Finanzunternehmen, dass sie nicht alle in denselben Topf wirft und auch nicht einen ganzen Berufsstand verurteilt, weil einzelne Fehler gemacht haben.

UBS-Rettung umstritten

Die Rettung der UBS stösst auf unterschiedliche Reaktionen: Nur 28% der Führungskräfte (41% bei jenen, die sich zur Linken zählen) zweifeln ihren Sinn an, jedoch 52% der Bevölkerung, und zwar unabhängig von der politischen Einstellung. Am meisten Opposition

kommt von den Frauen, während sich die Jungen besser mit den Vorgängen abfinden. Hingegen findet die grosse Mehrheit der Führungskräfte und der Bevölkerung, der Bundesrat hätte die Krise des Bankgeheimnisses besser vorhersehen müssen, statt erst zu reagieren, als es zu spät war.

Generell erhält der Bundesrat schlechte Noten (siehe Artikel auf Seite 3). Einzig bezüglich der Rettung der UBS attestiert ihm eine Mehrheit, das Problem gut gemeistert zu haben. Ganz anders beim UBS-Vertrag mit den USA und bei der Libyen-Affäre: Sowohl die Führungskräfte als auch die Bevölkerung sind hier der Ansicht, der Bundesrat habe schlecht oder gar sehr schlecht agiert.

Das Bankgeheimnis ist populärer, als man denken könnte: Die Hälfte der Leader und 60% der Gesamtbevölkerung wollen retten, was vom Bankgeheimnis noch zu retten ist, statt es schlicht und einfach aufzugeben. Allerdings zeigt sich hier einer der klarsten Unterschiede zwischen der Rechten und der Linken in der ganzen Umfrage.

Banker für lernunfähig erachtet

Eine Meinung hingegen wird von allen geteilt: dass die Akteure des Finanzplatzes von sich aus keine Lehren aus der Finanzkrise ziehen werden, ohne dass der Staat sich einmischt. Linke und rechte, Männer und Frauen, Deutschschweizer, Romands und Tessiner sind gleicher Meinung; nur 10% denken, der Finanzplatz werde die Lektionen lernen.

Kein Wunder also, dass die befragte Gesamtbevölkerung sämtliche Massnahmen befürwortet, die in der Umfrage als mögliche Szenarien genannt worden sind, ob es sich um eine strengere staatliche Aufsicht der Banken handelt, die Beschränkung der Grösse der Finanzinstitute, Kontrolle und Besteuerung der Boni oder eine bessere Einbindung der Aktionäre. Und auch die Führungskräfte stimmen in allen Punkten zu, ausser einem: Die Limitierung der Saläre - von der Bevölkerung sehr klar befürwortet - findet bei ihnen knapp keine Mehrheit.

Umfrage Die Studie «Sophia 2010»

Die Studie «Sophia», initiiert, durchgeführt und finanziert durch **M. I. S Trend, das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung** in Lausanne und Bern, erforscht jedes Jahr für das «Forum des 100» die Meinung des breiten Publikums - ein repräsentatives Sample von rund 500 Deutschschweizerinnen und -schweizern, 500

ren. Durch mathematische Gewichtung kann sie für die Gesamtstudie auf +/-2.8% verringert werden.

Die **1200 Personen** wurden telefonisch zwischen dem 18. Februar und dem 5. März 2010 befragt. Daneben hat «Sophia» **400 Führungskräfte («Opinionleaders»)** befragt, welche in der Schweiz aktiv sind. Sie wurden ausgesucht aufgrund ihrer Reflexionen über die Gegenwart und die Zukunft der Schweiz, ihrer Meinungsäusserungen und der Position, die sie im öffentlichen Leben der Schweiz einnehmen. Um Repräsentativität zu gewährleisten, gehören 40% von ihnen der Wirtschaft an, 7% stammen aus der Verwaltung, 17% aus Wissenschaft und Forschung, 7% aus der Kultur und 26% aus der Politik. 42% sind international tätig; 24% üben ein politisches Amt in Gemeinde, Kanton oder Bund aus. Sie wurden im März mit einem Fragebogen befragt; hier beträgt die Fehlermarge +/-5%. (akv)

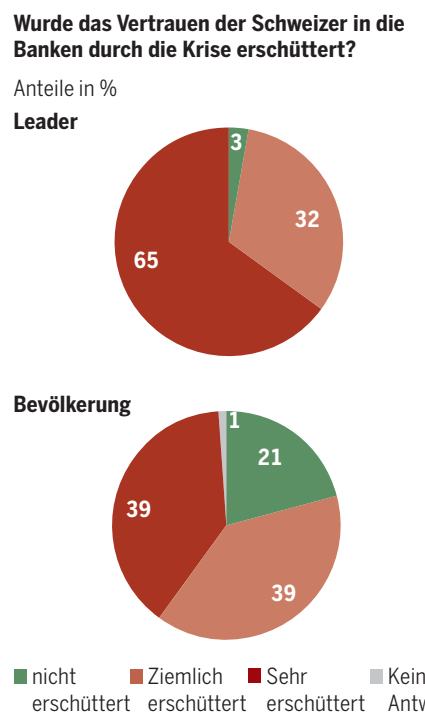
Forum des 100

Romands und 200 Tessinern zwischen 18 und 74 Jahren. Diese Disproportionalität ist gewählt worden, um die Fehlermarge auf +/-4.5% in der Deutsch- und der Westschweiz und von +/-7% in Tessin zu limitie-

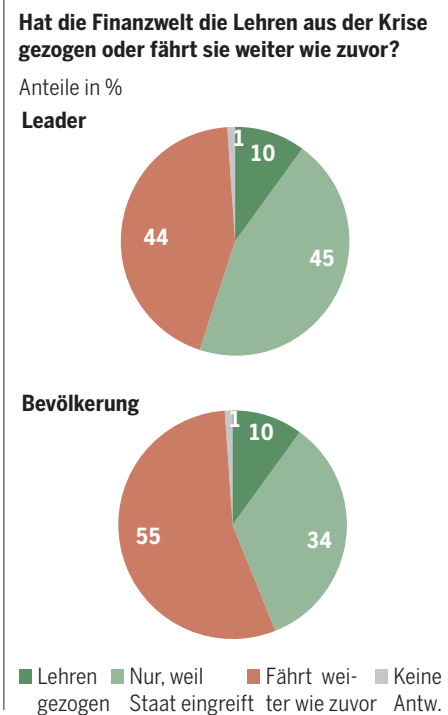
Volk sorgt sich mehr um die Umwelt als um die Wirtschaft



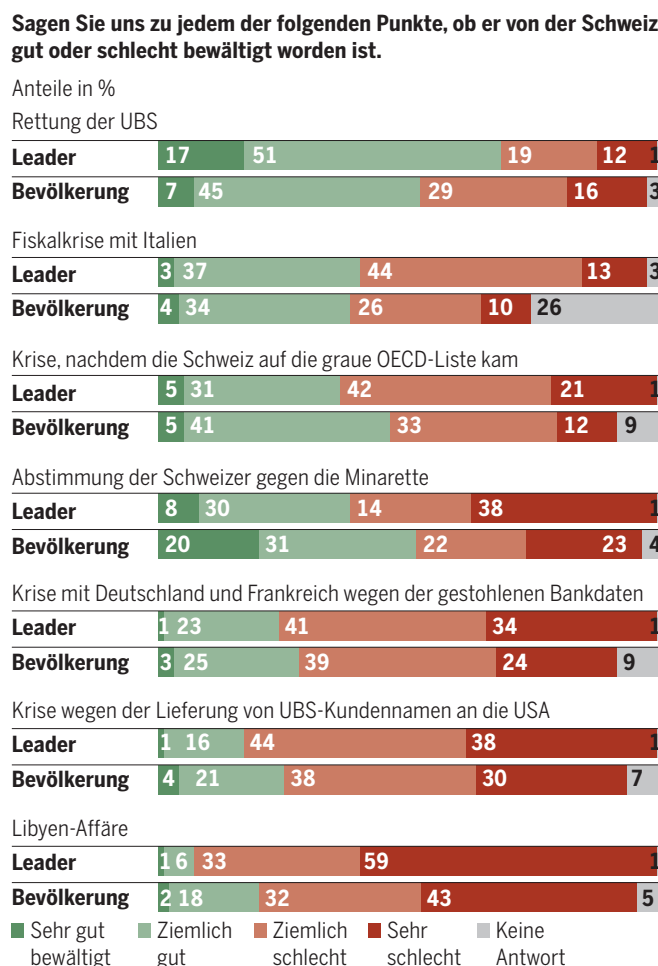
Das Vertrauen in die Banken ist erschüttert



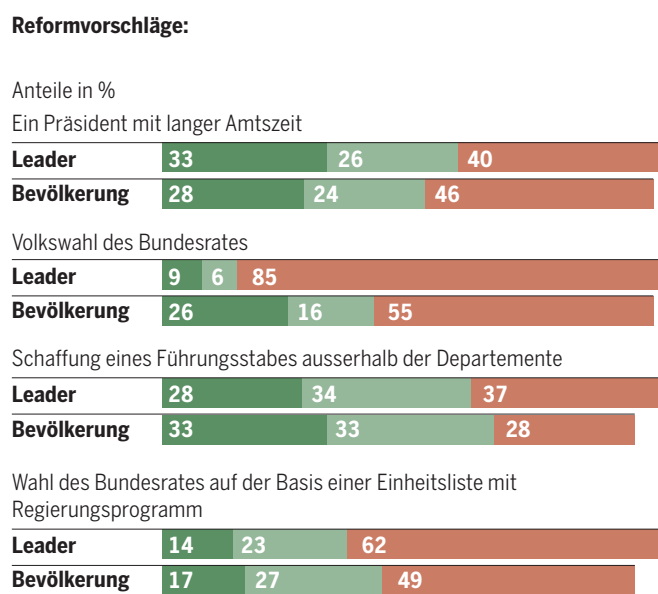
Der Staat soll intervenieren



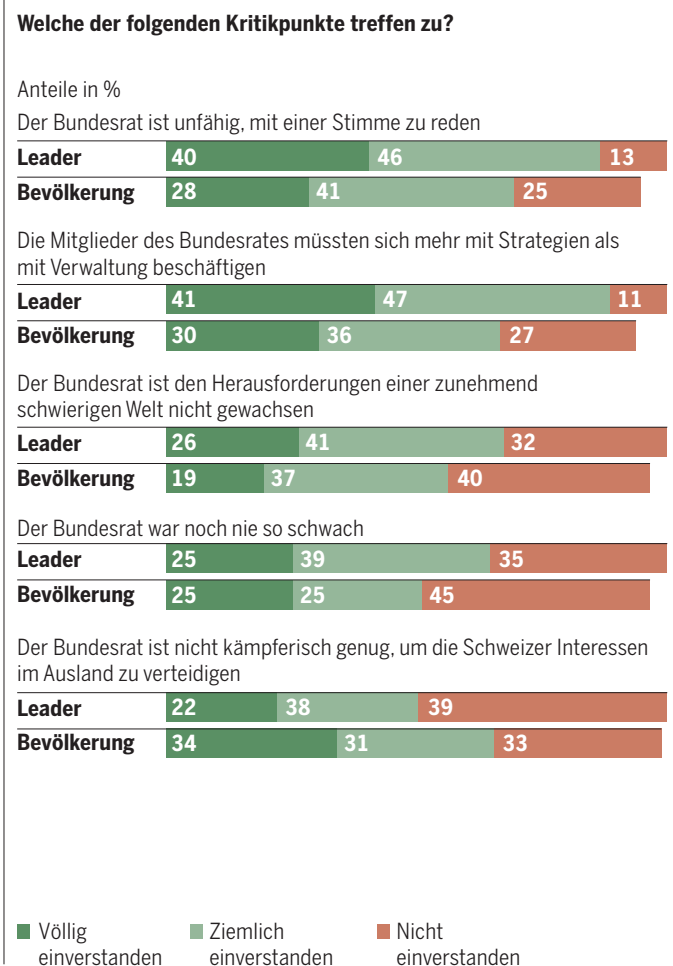
Schlechte Noten für die Schweizer Aussenpolitik



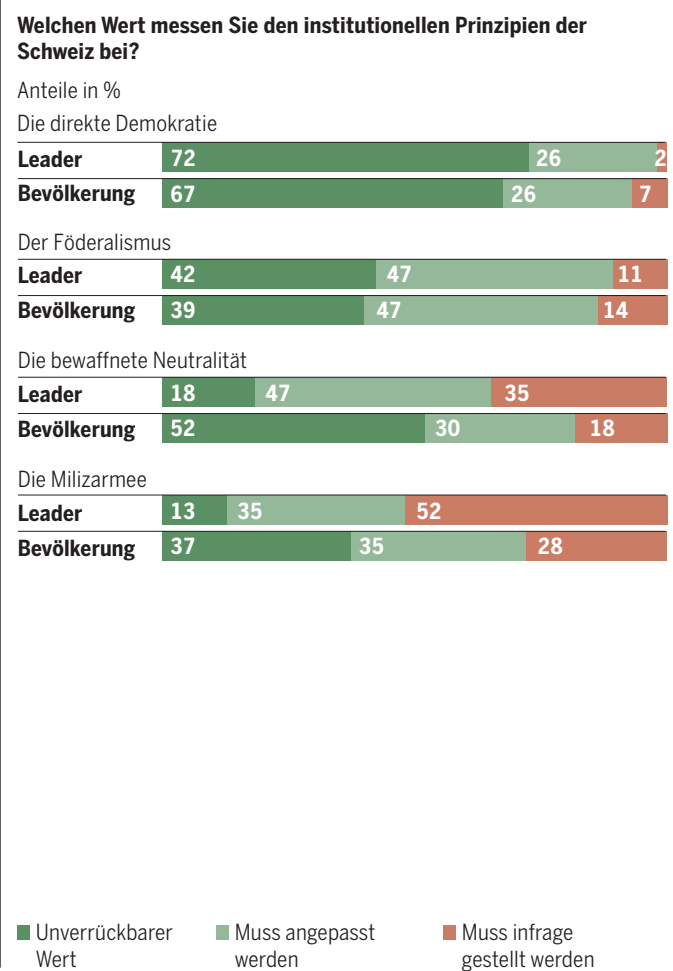
Ja zu einem langjährigen Präsidenten, Nein zur Volkswahl des Bundesrates



Der Bundesrat in der Kritik



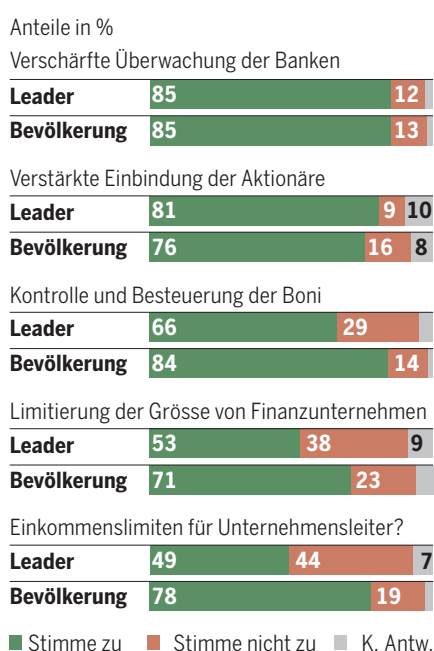
Die institutionellen Werte werden nicht infrage gestellt



Thema

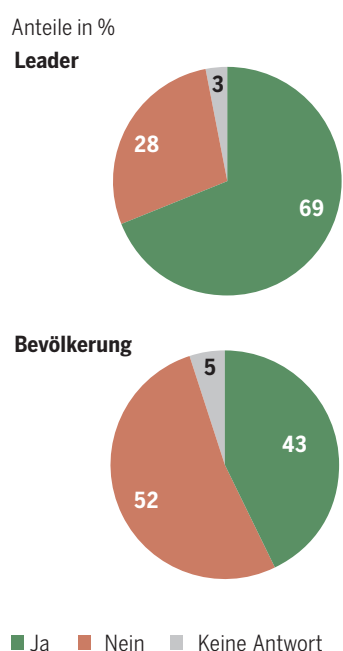
Die Finanzwelt soll besser kontrolliert werden

Stimmen Sie den folgenden, durch die Krise diktierten Massnahmen zu?



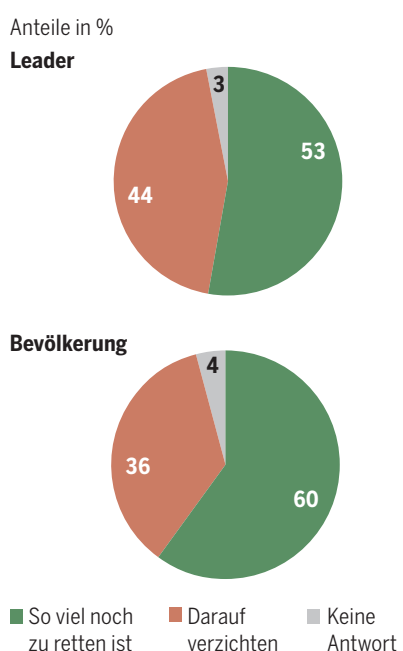
UBS-Rettung ist umstritten

Sind Sie mit der Rettung der UBS durch den Staat einverstanden?



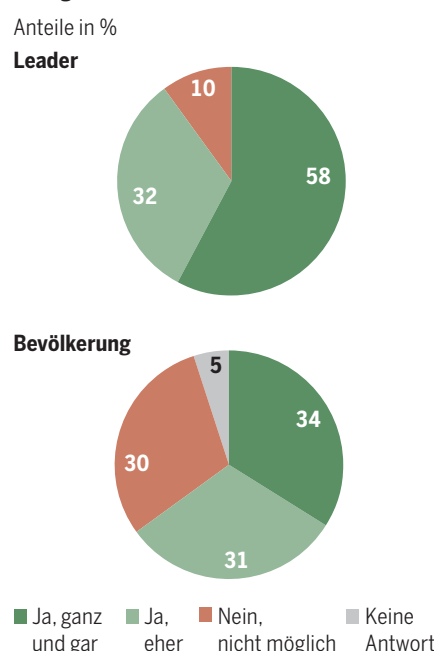
Das Bankgeheimnis retten

Muss man versuchen, das Bankgeheimnis zu retten?



Krise war voraussehbar

Hätte der Bundesrat die Krise des Bankgeheimnisses vorhersehen müssen?



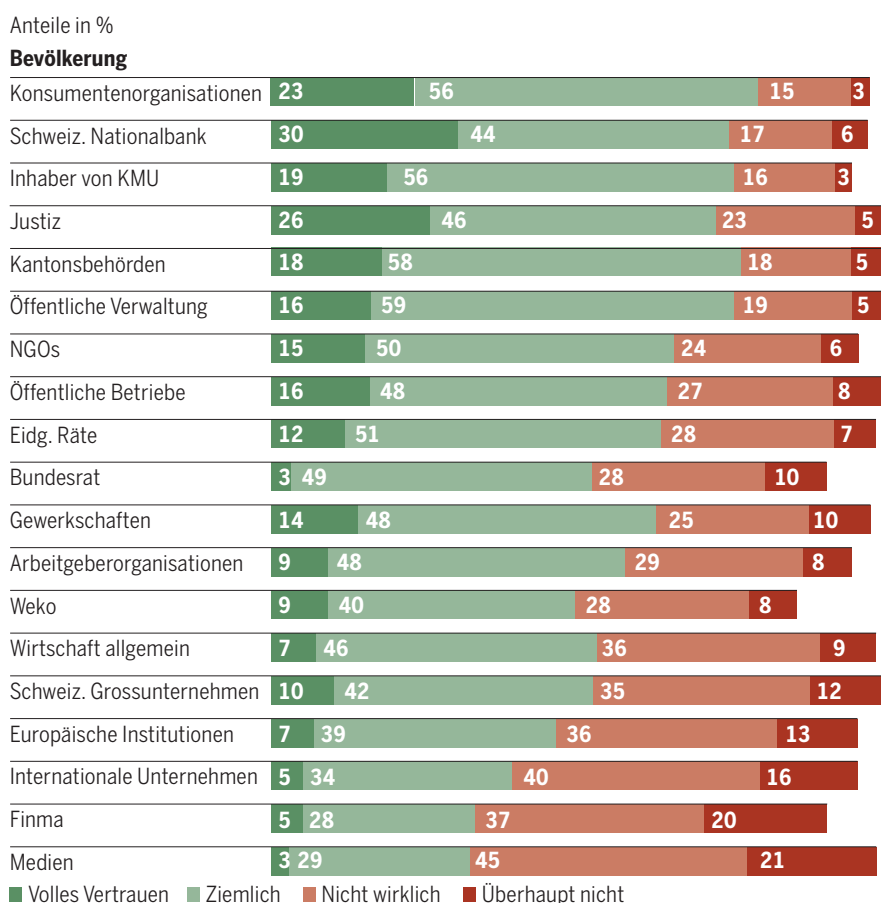
Lamentabler Zustand der Landesregierung

Diese Ergebnisse der Umfrage müssten Politikern in Bern zu denken geben: «Der Bundesrat ist unfähig, mit einer Stimme zu reden»; «die Mitglieder des Bundesrates müssten sich mehr mit Strategien als mit Verwaltung beschäftigen»; «der Bundesrat ist den Herausforderungen einer zunehmend schwierigen Welt nicht gewachsen»; «der Bundesrat war noch nie so schwach». Sämtliche genannten Kritikpunkte werden in der Umfrage von einer Mehrheit der Bevölkerung und der Führungskräfte unterstützt; die Landesregierung erscheint in einem lamentablen Zustand, eine Regierungsreform wäre angezeigt.

Was allerdings erstaunt, ist die Tatsache, dass Jüngere generell weniger kritisch sind als Ältere und die Rechte unzufriedener ist als die Linke. Da scheint eine Umwertung stattgefunden zu haben. Bei den Führungskräften urteilen die Rechten, die Romands und Tessiner sowie die Wirtschaftsvertreter noch strenger als die andern. (akv)

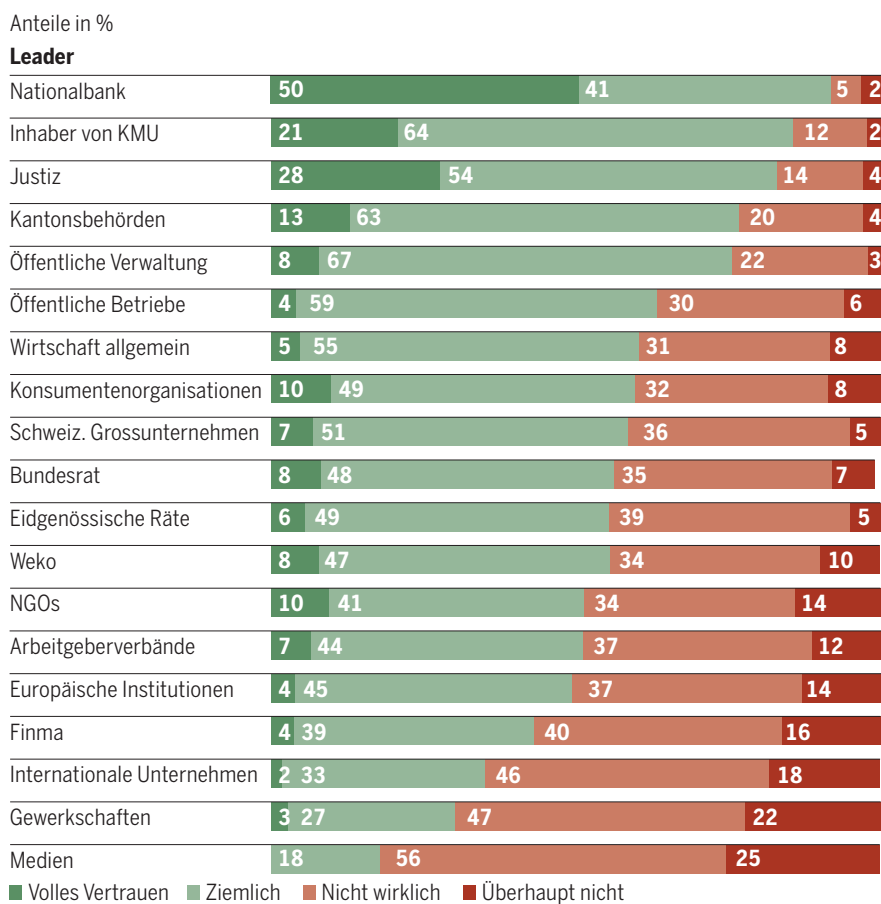
Wem die Bevölkerung vertraut

Welchen Akteuren vertrauen Sie, dass sie im Interesse der Gesellschaft handeln?



Wem die Leader vertrauen

Welchen Akteuren vertrauen Sie, dass sie im Interesse der Gesellschaft handeln?



Politische Krise - viel Kritik, wenig Änderungswünsche

Der Bundesrat wird scharf kritisiert, am schärfsten für die Libyen-Affäre. Doch das politische System als solches wird nicht infrage gestellt.



Kakofonie im Bundesrat - hier an der Luzerner Fasnacht 2009 noch mit Pascal Couchepin (rechts aussen). Foto: Walter Bieri (Keystone)

Marie-Hélène Miauton

Es wäre untertrieben, zu sagen, die Schweiz habe in jüngster Zeit gewisse Probleme in ihren internationalen Beziehungen gehabt. Die einen haben politische Gründe (die Libyen-Affäre oder die Minarett-Abstimmung), andere finanzielle. Und die Schweizer sind generell ungehalten über die Art und Weise, wie der Bundesrat sie gehandhabt hat. Am negativsten wird, sowohl bei den Führungskräften wie bei der Gesamtbevölkerung, die Libyen-Affäre beurteilt. Viel weniger schlecht scheint die Minarett-Abstimmung aufgenommen zu werden: Vier von zehn Leadern und die Hälfte der Gesamtbevölkerung sind hier mit der Regierung zufrieden.

Unter den Finanzkrisen wird die Rettung der UBS am positivsten bewertet: Zwei Drittel der Leader, aber nur die Hälfte der Gesamtbevölkerung sind einverstanden. Sehr schlecht beurteilt wird der Bundesrat bei der Handhabung der Affäre um die an die USA ausgelieferten

Marie-Hélène Miauton

Die Autorin, geboren 1950 in Marrakesch als Tochter eines Schweizer und einer Französin, studierte klassische Literatur in Dijon und danach Wirtschaftswissenschaften in Lausanne. Sie ist Gründerin und Leiterin des Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung M.I.S. Trend AG und schreibt zudem eine wöchentliche Kolumne in der Genfer Tageszeitung «Le Temps».



UBS-Kundendaten. Generell kann gesagt werden, dass hier die Führungskräfte strenger urteilen als die Bevölkerung und die Linken strenger als die Rechten.

Nicht erstaunlich also, dass am Bundesrat fundamentale Kritik geübt wird, namentlich ob seiner Unfähigkeit, geeint in der Öffentlichkeit aufzutreten, und ob seiner Tendenz, lieber zu verwalten als strategische Entscheide zu treffen. Es gibt also ein echtes Malaise. Das hat auch die Umfrage der Zeitschrift «Illustré» gezeigt, wo sich nur noch 42% der Bürger positiv zum Bundesrat äusserten - das schlechteste Resultat seit 1992, als diese Umfrage gestartet wurde.

Bundesrat noch nie so schwach

Kritisiert wird vor allem, die Landesregierung sei unfähig, geeint in der Öffentlichkeit aufzutreten. Eine Mehrheit glaubt, der Bundesrat sei den Herausforderungen einer zunehmend rauerer Welt nicht gewachsen und kümmere sich mehr ums Verwalten als um Strategien. Gut die Hälfte der Befragten findet gar, der Bundesrat sei noch nie so schwach wie heute gewesen.

Welche Massnahmen müssten ergriffen werden, um dieser verbreiteten Unzufriedenheit Rechnung zu tragen? Eine knappe Mehrheit von Volk und Führungskräften spricht sich für einen auf mehrere Jahre gewählten Bundespräsidenten aus. Auch die Schaffung eines Führungsstabs ausserhalb der Departemente wird begrüsst. Keine Mehrheit findet dagegen die Forderung der SVP, den Bundesrat künftig vom Volk wählen

zu lassen. 55% der Bevölkerung und 85% der Führungskräfte sind dagegen - ausser 50% der Tessiner, die in einer Volkswahl der Regierung die Möglichkeit sähen, vermehrt im Gremium vertreten zu sein.

Insgesamt hat sich aber der Wunsch, das politische System der Schweiz zu ändern, gegenüber früheren Jahren kaum verstärkt. Hingegen hat der Enthusiasmus für die direkte Demokratie und den Föderalismus leicht abgenommen. Die Führungskräfte sind weiterhin weniger überzeugt von der Neutralität und der Milizarmee als die Bevölkerung, deren Zustimmung zu diesen Institutionen sogar noch zugenommen hat.

Vertrauen erschüttert

Auch abgesehen vom Bundesrat ist das Vertrauen in die politischen Institutionen erschüttert, was mehr als die Hälfte der Leader konstatieren müssen. Doch muss dieses Resultat mit Vorsicht genossen werden, denn die Folgen der Krise auf das politische System werden eher als «ziemlich gravierend» denn als «sehr gravierend» beurteilt, und nur die Hälfte der Führungskräfte sowie vier von zehn Befragten aus der Gesamtbevölkerung glauben an langfristige negative Effekte.

Bei aller Kritik geniesst der Bundesrat aber immer noch mehr Vertrauen als etwa die Finanzmarktaufsicht, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und vor allem die Medien. Diesen attestiert nur noch eine kleine Minderheit, im Interesse der Gesellschaft zu handeln.